



Liebe Genossinnen und Genossen,
 liebe Freunde,

die letzte Sitzungswoche vor der Sommerpause ist geschafft! Das heißt nicht, dass ich jetzt acht Wochen die Füße hochlege. Nein, im Wahlkreis warten einige Termine auf mich, z.B. unser turnusmäßiges Treffen mit den Gewerkschaften, ein Austausch mit der Regionaldirektion der Bundesanstalt für Arbeit, die Klausur des Unterbezirksvorstandes und Diskussionen in Ortsvereinen und Mittelstandsverbänden. Ihr seht, mir wird nicht langweilig! Für zwei Wochen nehme ich mir aber in den Ferien eine richtige Auszeit und fahre mit meinen Lieben in den Urlaub. Mein Büro ist in dieser Zeit weiterhin für euch als Ansprechpartner erreichbar.

Das beherrschende Thema in dieser Woche war der Mindestlohn. Einige Gewerkschaftsvertreter beklagten die Ausnahmeregelungen, während die Unternehmensverbände sich über zu wenige Ausnahmen beschwerten. Am Donnerstag gab es dann sogar mit Beteiligung der Grünen eine breite Mehrheit für das „Gesetz zur Stärkung der Tarifautonomie“. Ab 2015 werden ca. 3,7 Millionen Menschen davon profitieren und ab 2017 werden alle Arbeitnehmer den gesetzlichen Mindestlohn bekommen. Denn die Regelungen für Zeitungszusteller und Saisonarbeiter gelten nur für den Übergangszeitraum. Ich kann den Unmut der Jusos bei den Regelungen für unter 18-Jährigen, Praktikanten und Langzeitarbeitslosen verstehen. Für Langzeitarbeitslose findet aufgrund bestehender Zweifel deshalb bereits zum Juni 2016 eine Überprüfung dieser Ausnahme statt.

Bekämpfung von Zahlungsverzug im Geschäftsverkehr

Bis jetzt mussten Handwerksbetriebe oft viel zu lang finanziell in Vorleistung treten, da Rechnungen meist erst spät gezahlt wurden. Für Unternehmer und Selbstständige barg das ein großes Risiko, denn sie liefen Gefahr aufgrund von fehlender Liquidität Insolvenz anmelden zu müssen, obwohl sie auf dem Papier eigentlich ein deutliches „Plus“ verzeichneten. Dieser Gefahr treten wir mit der Verabschiedung eines Gesetzes nun entgegen. Zahlungsfristen können künftig nur noch bis zu maximal 60 Tagen vereinbart werden. Im Geschäftsverkehr zwischen Unternehmen und öffentlichen Auftraggebern wird die Frist auf 30 Tage begrenzt. Längere Fristen darf es nur

Kontakt

Berliner Büro

Tel.: 030 227-78494

Fax: 030 227-76496

sabine.poschmann@bundestag.de

Wahlkreis Büro

Tel.: 0231 286 786 18

Fax: 0231 286 786 16

sabine.poschmann.ma04@bundestag.de

www.sabine-poschmann.de

<https://www.facebook.com/sabine.poschmann.1>

Links

<http://www.spdfraktion.de/>

<http://www.bundestag.de/>

<http://www.spd.de/>

dann geben, wenn sie klar von beiden Parteien beschlossen werden und für den Gläubiger nicht nachteilig sind.

Doppelte Staatsbürgerschaft

Gestern haben wir den Gesetzentwurf zum Doppelpass verabschiedet. Damit müssen sich junge Menschen mit ausländischen Eltern, die in Deutschland geboren und aufgewachsen sind, nicht mehr für eine Staatsangehörigkeit entscheiden. Voraussetzung hierfür soll sein, dass Kinder ausländischer Eltern bis zu ihrem 21. Geburtstag mindestens acht Jahre in Deutschland gelebt haben oder sechs Jahre hier zur Schule oder zur Berufsschule gegangen sind. Auch wer eine deutsche Schule im Ausland besucht hat, kann die doppelte Staatsbürgerschaft behalten. Als Nachweis soll ein Schul-Zeugnis oder der Nachweis über eine Ausbildung reichen. Das ist eine weitere wichtige Forderung der SPD, die wir nun umgesetzt haben.

Fracking

Energieminister Sigmar Gabriel und Umweltministerin Barbara Hendricks haben sich auf Eckpunkte zum Thema Fracking geeinigt und heute vorgelegt. So sollen Fracking-Vorhaben zur Gasförderung aus Schiefer- und Kohleflözgestein oberhalb von 3000 Metern durch das Wasserhaushaltsgesetz verboten werden. Erprobungen der Fracking-Technologien sollen möglich sein, sofern sie das Grundwasser nicht gefährden. Das weitgehende Verbot soll 2021 überprüft werden. Konventionelle Erdgasförderung, die es bereits seit den 1960ern in Deutschland gibt, ist weiterhin möglich, jedoch mit deutlich schärferen Umweltauflagen: Wasserschutzzonen werden ausgeweitet und eine Umweltverträglichkeitsprüfung wird für alle Vorhaben verpflichtend festgeschrieben.

Mit den Eckpunkten, die jetzt in verschiedene Gesetzesentwürfe einfließen werden, bleiben wir bei unserer bisherigen Position. Wir können derzeit die Auswirkungen von Fracking nicht einschätzen und setzen daher auf den Schutz der Gesundheit und der Umwelt.

Leistungsfähigkeit von Lebensversicherungen erhalten

Die anhaltende Niedrigzinsphase erfordert es, die Regelungen zu Lebensversicherungen anzupassen. Denn die Versicherten sollen sich auch künftig darauf verlassen können, dass sie die ihnen garantierten Leistungen erhalten. Bewertungsreserven aus festverzinslichen Wertpapieren, die zur Erbringung der zugesagten Zinsgarantien für alle Versicherten benötigt werden, sollen künftig der Versichertengemeinschaft verbleiben. Diese Neuregelung ist eingebettet in ein Maßnahmenpaket, bei dem auch Versicherungsunternehmen, Aktionären und Versicherungsvertrieb ein angemessener Beitrag abverlangt wird. Gleichzeitig werden die Befugnisse und Kompetenzen der Aufsichtsbehörden gestärkt.

Schutz von Elefanten und Nashörnern vor Wilderei stärken

Der internationale Wildtierhandel, vor allem mit Elfenbein und Nashörnern, hat in den letzten Jahren dramatisch zugenommen. Er wird immer professioneller organisiert und gehört mittlerweile zu den fünf einträglichsten Sparten der international organisierten Kriminalität. In einem Antrag haben wir nun deutlich gemacht, wie wichtig es ist, den Internationalen Elfenbeinhandel nicht weiter freizugeben, und fordern die Bundesregierung auf, sich bei der geplanten Resolution der UN-Generalversammlung im September 2014 für ein verschärftes und umfassendes Vorgehen gegen den illegalen Wildtierhandel zu positionieren.

Schnelles Internet für alle

Es ist uns ein wichtiges Anliegen, das Breitbandinternet in Deutschland zügig und umfassend auszubauen. Daher soll die bisherige Breitbandstrategie des Bundes umfassend weiterentwickelt werden. Angestrebt wird eine optimale Kombination aus guten Festnetz- und Mobilfunkverbindungen mit flächendeckend hohen Geschwindigkeiten. Hierzu haben wir der Bundesregierung zahlreiche konkrete Maßnahmen vorgeschlagen, die vor allem darauf abzielen, zusätzliche Investitionsanreize zu setzen und Wirtschaftlichkeitslücken zu schließen.

Abhängigkeit von externen Ratings verringern

Eine der wichtigen Lehren der Finanzkrise im Herbst 2008 war, dass die Arbeit externer Rating-Agenturen besser reguliert und beaufsichtigt werden muss. Intransparente, durch Interessenskonflikte beeinflusste Ratings haben ebenso einen gewichtigen Beitrag zur Finanzkrise geleistet wie die schematische Übernahme dieser Ratings durch Finanzunternehmen bei der Bonitätsbeurteilung von Kreditnehmern, Wertpapieren oder sonstigen Ausfallrisiken. Ein Gesetz soll verhindern, dass sich Unternehmen der Finanzbranche bei der Bewertung von Risiken allein auf externe Ratings verlassen.

Abschließend möchte ich euch allen einen tollen und erholsamen Sommer wünschen. Und natürlich noch viel Spaß bei den restlichen Spielen der Fußballweltmeisterschaft.

Ich melde mich wieder Ende September mit einer neuen Ausgabe der Info-Post.

Bis dahin, Eure

Sabine